

N i e d e r s c h r i f t

**der 15. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 31.01.2006**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE	
GRÜNEN		
Herr Tilo Biesecke	SKE	anwesend von 18:25 bis 18:30 Uhr
Herr Matthias Dreßler	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Heiner Schneider	SKE CDU	
Herr Friedemann Scholze	FDP	anwesend von 18:00 bis 18:30 Uhr
Frau Franziska Godau	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	vertreten durch Herrn Godenrath
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05176
 - 4.2. Bebauungsplan Nr. 37 Wohngebiet Dölau-Ost - Teilungsbeschluss
Bebauungsplan Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05371
 - 4.3. Bebauungsplan Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost - Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05372
 - 4.4. Bebauungsplan Nr. 21 Wohngebiet Lettin-Süd
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
- Aufhebung des Offenlagebeschlusses
Vorlage: IV/2005/05432
 - 4.5. Bebauungsplan Nr. 136 Saline, südwestlicher Teilbereich
- Aufstellungsbeschluss
- Offenlagebeschluss
Vorlage: IV/2005/05361
 - 4.6. Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/ Unterberg - Offenlagebeschluss
Vorlage: IV/2005/05341
 - 4.7. Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05496
 - 4.8. Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck - Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05498
 - 4.9. Rückwirkende Aufhebung der Ziffer 4 des Beschlusses Nr. 98/I-40/903 vom 18.03.1998
Vorlage: IV/2005/05247
5. Anfragen von Stadträten
6. Anregungen
7. Mitteilungen
 - 7.1. Information zum 4. Abschnitt der Hapterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle - Ost
Vorlage: IV/2005/05447
 - 7.2. Information zur 2. Planänderung B-Plan Nr. 59.1 Universitätsklinikum Kröllwitz
 - 7.3. Information zum Vorhaben Kreuzvorwerk
 - 7.4. Mitteilung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 14.11.2005
Vorlage: IV/2006/05559

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Sänger stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Änderungen:

TOP 4.6 B-Plan Nr. 50 Opernhaus und 4.9 MDV wurden vorgezogen

TOP 8.1 HES wurde auf den 28.02.2006 vertagt

TOP 8.2 Information zum Klinikum Kröllwitz und 8.2 Information zum Kreuzvorwerk wurden von der Verwaltung zurückgezogen

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderungen einstimmig angenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2005/05176

Wortprotokoll:

Herr Weihrich fragte, warum in der Spielflächenkonzeption keine Flächen für naturbelassene Spielplätze aufgeführt sind.

Herr Pohl antwortete, dass dies erst auf der Ebene der Objektplanung erfolgt. Die Bedarfsforschung ist dafür die Voraussetzung. Bei der Feststellung von Defizite, werden unter Einbeziehung der betroffenen Kinder und Jugendlichen für ein konkretes Vorhaben Flächen ausgewählt und gestaltet.

Herr Felke fragte nach den Ursachen für die geplanten und nicht vollständig realisierten Spielplätze in B-Plan-Gebieten.

Herr Pohl erklärte, dass teilweise Flächen für Spielplätze in der Planung vorbehalten und dann nicht benötigt wurden und teilweise Bauträger sich zurückgezogen haben.

Herr Felke fragte weiter nach Sonderregelungen ähnlich der Absperrung des Rathenauplatzes zum Rodeln.

Herr Pohl antwortete, dass hier eine Differenzierung der Angebote in der weiteren Planung erfolgen wird.

Herr Felke merkte an, dass durch Prioritätensetzungen Hoffnungen genährt werden, denn im HH 2006 gibt es keine Mittel für Spielplätze.

Herr Pohl und Herr Weber erläuterten, dass es im HH keinen festen Titel für Spielplätze gibt. Hier sind Einzelbeantragungen notwendig. Im Jahr 2006 ist vorgesehen, in der südlichen Innenstadt und im Paulusviertel Bedarfs- und Standortforschungen durchzuführen. Es soll versucht werden, über Sponsoring, Bürgerinitiativen und Städtebauförderung Gelder der Stadt einzusparen.

Herr Dr. Eigenfeld fand die Formulierung auf Seite 9 Absatz 3 zur Bedarfsermittlung von Spielplätzen verwirrend. Er fragte nach gesetzlichen Vorgaben.

Herr Pohl antwortete, dass es diese nicht gibt. Das Wort „ist“ wird durch „soll“ ersetzt.

Herr Dr. Eigenfeld fragte nach den derzeitigen Bewirtschaftungskosten für die Spielplätze.
Die Antwort erfolgt schriftlich.

Herr Dreßler war der Meinung, dass Familienfreundlichkeit in Halle endlich konkret werden muss und im HH konkrete Vorhaben beantragt werden sollten.

Herr Sänger bat die Verwaltung, zukünftig Vorschläge in die HH-Diskussion einzubringen.

Frau Schlüter-Gerboth fragte nach den Gründen für den Abbau der Skateranlage im Stadtpark.

Herr Pohl antwortete, dass der Skaterplatz in seiner Ausrüstung nicht mehr den Vorstellungen der Jugendlichen entsprach, zudem gab es Beschwerden der Bevölkerung in der Magdeburger Straße. In Absprache mit dem Jugendamt und dem Kinderbüro wird die Skateranlage am Rossplatz aufgewertet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8
einstimmig angenommen

Beschluss:

1. Die Spielflächenkonzeption 2005 wird bestätigt
2. Die Handlungsvorschläge werden entsprechend der getroffenen Prioritätensetzung und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel schrittweise umgesetzt.
3. Die Konzeption ist kontinuierlich fortzuschreiben und nach ca. fünf Jahren erneut dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 37 Wohngebiet Dölau-Ost - Teilungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost - Abwägungsbeschluss Vorlage: IV/2005/05371

Wortprotokoll:

Teilung, Abwägung und Satzung wurden gemeinsam diskutiert.

Herr Dreßler fragte, ob Anregungen und Vorschläge der Bürger berücksichtigt wurden.

Frau Sachtlebe erläuterte die Abwägungen im Detail.

Herr Felke fragte, ob die in der Begründung (Abschnitt 5.2) dargestellte zusätzliche Haltestelle wirklich eingerichtet wird.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Weihrich fragte, ob es Einigkeit mit der Unteren Naturschutzbehörde über die Existenz eines Biotops gibt.

Frau Sachtlebe erklärte, dass sich die Obere Naturschutzbehörde gemäß Stellungnahme in ihren Belangen nicht berührt sieht.

Die Stellungnahme wird zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Köck fragte nach der Eingriffsregelung, den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Diese sind im Abschnitt 7.3.2 der Begründung erläutert.

Abstimmungsergebnis:

zum Beschlusspunkt 1 Teilung
Ja-Stimmen 8
einstimmig zugestimmt
zum Beschlusspunkt 2 und 3 Abwägung
Ja-Stimmen 5
Enthaltungen 3
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Teilung des Bebauungsplans in einen Teilbebauungsplan 37.1 Wohngebiet Dölau-Ost und einen Teilbebauungsplan 37.2 ehemaliges Gaswerk Dölau.

2. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 37, Wohngebiet Dörlau-Ost wird, zugestimmt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 37.1 Wohngebiet Dörlau-Ost - Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05372

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6
Enthaltungen 2
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 37.1 Wohngebiet Dörlau-Ost, mit örtlichen Bauvorschriften, gemäß § 10 BauGB als Satzung.
2. Die Begründung zur Satzung wird gebilligt.

zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 21 Wohngebiet Lettin-Süd
- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
- Aufhebung des Offenlagebeschlusses
Vorlage: IV/2005/05432

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die am 15. Juli 1992 und am 23. März 1994 gefassten Beschlüsse zur Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur öffentlichen Auslegung nach 3 § Abs. 2 BauGB eines Planentwurfs Nr. 21, Wohngebiet Lettin – Süd (Beschlüsse Nr. 92/I-29/607 und 94/I-47/1047) aufzuheben.
2. Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen und den Trägern öffentlicher Belange, die zum Planverfahren beteiligt wurden, zuzuschicken. Damit ist das Aufstellungsverfahren für einen Bebauungsplan eingestellt.
3. Die Ausweisung als Wohnbaufläche im Flächennutzungsplan wird aufrechterhalten.

zu 4.5 Bebauungsplan Nr. 136 Saline, südwestlicher Teilbereich
- Aufstellungsbeschluss
- Offenlagebeschluss
Vorlage: IV/2005/05361

Wortprotokoll:

Herr Dr. Eigenfeld fragte nach dem Erhalt der Salineisenbahn.

Frau Wietzke erklärte, dass darauf im Umweltbericht eingegangen wurde.

Herr Behle erhielt das Rederecht.

Er erläuterte, dass die Fläche auf der die Eisenbahn zur Zeit ausgestellt ist, sich im Eigentum der Stadt befindet, als Grünfläche im B-Plan ausgewiesen wurde und bei der Ausführungsplanung berücksichtigt wird.

Herr Weihrich wollte wissen, ob hier nicht eine FNP-Änderung parallel erfolgen muss, da aus Grünfläche Bauland entwickelt wurde.

Frau Wietzke erklärte, dass es sich hier um eine geringfügige und nicht parzellenscharfe Festlegung im FNP handelt. Die Verwaltung hat die Notwendigkeit einer FNP-Änderung gründlich geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sie nicht durchgeführt werden muss.

Herr Wehrich fragte, ob Alternativen wie z.B. andere leer stehende Klinikgebäude angeboten wurden, um die Grünfläche nicht bebauen zu müssen.

Frau Grimmer und Frau Wietzke berichteten über den Entwicklungsprozess des B-Planes. Es wurden dem Investor verschiedene leer stehende Gebäude angeboten. Für die wirtschaftliche Betreuung der Klinik kam nur die Erweiterung in Frage. Alternative wäre ein weiteres leer stehendes Gebäude gewesen.

Herr Dreßler bat um Informationen zur Ansicht der Erweiterung.

Herr Behle erklärte, dass ein Gutachterverfahren durchgeführt wurde und der erstplazierte Entwurf mit Änderungen umgesetzt wird.

Das Wettbewerbsergebnis wird im nächsten PA vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 2

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 136 Salineinsel, Südwestlicher Teilbereich gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 des Baugesetzbuches aufzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 136 Salineinsel, Südwestlicher Teilbereich und die Begründung mit Umweltbericht gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches öffentlich auszulegen.

zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/ Unterberg - Offenlagebeschluss Vorlage: IV/2005/05341

Wortprotokoll:

Herr Heinz erläuterte den B-Plan.

Herr Dr. Eigenfeld fragte nach der Anzahl der Stellplätze.

Herr Heinz: ca. 200

Herr Geuther wies darauf hin, dass die Erweiterung des Opernhauses nicht durch den Bau der Garage behindert werden darf, beides müsse im Zusammenhang betrachtet werden.

Herr Heinz bestätigte die Verknüpfung der Vorhaben. Vertreter des Opernhaus sind im Arbeitskreis integriert.

Herr Dreßler fragte nach dem Maß der Beeinträchtigung der gegenüberliegenden Bebauung.

Herr Heinz sprach von einem klassischen Zielkonflikt zwischen der notwendigen Masse der Opernbauten und den Interessen der Anwohner. Es wird für Lärmschutz gesorgt und der Garagenbau erhält eine Staffelung im Baukörper.

Herr Felke bat darum, die gesetzlichen Bestimmungen in der Präambel aktuell anzupassen

Herr Wehrich fragte, ob es realistisch ist, dass das Verfahren bis zum 20.07.06 abgeschlossen ist.

Herr Weber antwortete, dass dies für die Schaffung des Baurechtes erfolgt, für die Ausschreibung ist der Termin nicht bindend.

Herr Wehrich wollte wissen, ob die Opernhausgarage in die Parkraumkonzeption einbezogen wurde.

Herr Möbius bestätigte dies.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 7

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 50 Opernhaus/ Unterberg bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Textliche Festsetzungen) mit Begründung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den unter Punkt 1 genannten Entwurf gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die öffentliche Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

zu 4.7 Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05496

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 5

Enthaltungen 2

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck wird, zugestimmt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 4.8 Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck - Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/05498

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 88.2 Gießereidreieck, mit örtlichen Bauvorschriften, gemäß § 10 BauGB als Satzung.
2. Die Begründung zur Satzung wird gebilligt.

zu 4.9 Rückwirkende Aufhebung der Ziffer 4 des Beschlusses Nr. 98/I-40/903
vom 18.03.1998
Vorlage: IV/2005/05247

Wortprotokoll:

Herr Bergmann erläuterte die Notwendigkeit der Aufhebung.

Herr Dr. Köck kritisierte, dass der Intension des Beschlusspunktes 4, nämlich die Information der Stadträte über vorgesehene Tarifänderungen der HAVAG mit der Aufhebung nicht gefolgt wird. Er schlug vor, lediglich das Wort „vertraglich“ zu streichen und den Punkt 4 sonst so bestehen zu lassen.

Herr Sänger schlug vor, sicherzustellen, dass die Fraktionen, die nicht im Aufsichtsrat sitzen, informiert werden.

Herr Geuther sprach sich dafür aus, den Beschluss zur Aufhebung erst einmal zu fassen, um eine rechtliche Absicherung zu erreichen. Anschließend soll die Stadtverwaltung eine juristische Prüfung durchführen um evtl. einen neuen Beschluss fassen zu können.

Herr Sänger bat die Verwaltung, zu *prüfen auf welchem Weg eine Information der Stadträte im Sinne des aufgehobenen Punkt 4 gewährleistet werden kann.*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Enthaltungen 2

einstimmig angenommen

Beschluss:

1. Ziffer 4 des Beschlusses Nr. 98/I-40/903 – Abstimmung des Beschlusses der Stadt Halle zur Gründung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV) mit den Beschlüssen der übrigen beteiligten Gebietskörperschaften vom 18.03.1998 - wird rückwirkend aufgehoben.
2. Alle übrigen Teile des Beschlusses 98/I-40/903 gelten uneingeschränkt fort.

zu 5 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

- **Herr Felke** fragte nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Landesbetrieb Bau zur Kreuzungsvereinbarung A14/Halle-Ost.
Frau Riedel erläuterte den Stand und sagte, dass die Stadt mit dem Landesbetrieb Bau in direktem Kontakt steht und sicher in Kürze eine Lösung gefunden wird.
Es wird schriftlich informiert.
- **Herr Felke** fragte nach der Höhe der Bereitstellungszinsen für nicht fristgerecht abgerufenen Fördermittel für den Marktplatz, da die Baumaßnahmen sich dort verzögern.
Frau Grimmer erläuterte, dass bei Verzögerungen im Mittelabfluss für den Marktplatz andere Maßnahmen, z.B. im privaten Bereich, vorgezogen werden können. Der Bewilligungszeitraum erstreckt sich über fünf Jahre und ist nicht objektgebunden.

zu 6 Anregungen

Wortprotokoll:

Herr Godenrath kritisierte, dass die sachkundigen Einwohner zur HH-Diskussion keine Unterlagen erhalten haben.
Frau Riedel erklärte, dass es zukünftig die sachkundigen Einwohner ein Exemplar des HH erhalten werden.
Herr Dreler regte an, zukünftig in HH-Diskussionen mittels Beamer die jeweiligen HH-Abschnitte darzustellen.
Herr Wehrich regte an, keine gemeinsame Sitzung PA-VA mehr zum HH einzuberufen.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Information zum 4. Abschnitt der Haupteerschlieungsstrae
Gewerbegebiete Halle - Ost
Vorlage: IV/2005/05447**

Wortprotokoll:

vertagt auf die Sitzung am 28.02.2006

zu 7.2 Information zur 2. Planänderung B-Plan Nr. 59.1 Universitätsklinikum Kröllwitz

Wortprotokoll:

von der Verwaltung zurückgezogen

zu 7.3 Information zum Vorhaben Kreuzvorwerk

Wortprotokoll:

von der Verwaltung zurückgezogen

**zu 7.4 Mitteilung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 14.11.2005
Vorlage: IV/2006/05559**

Wortprotokoll:

Herr Dreßler erkundigte sich nach den Ergebnissen des Workshops für das Vorhaben der Saalekliniken.

Frau Riedel informierte, dass der Investor sich für den Standort Steg entschieden hat.

Frau Grimmer ergänzte, dass das Ergebnis des Workshops noch nicht vorliegt.

Es wird informiert werden.

Herr Felke stellte fest, dass bei mehreren Vorhaben der GBR vorgeschlagen hat, Wettbewerbe oder Workshops durchzuführen. Er wollte wissen, wie verbindlich die Vorschläge sind und wer die Kosten trägt.

Herr Sänger antwortete, dass private Bauherren nicht verpflichtet werden können, bei städtischen Vorhaben entscheidet die Verwaltung über die Durchführung von Wettbewerben.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

gez.

Schmiedehaus
Protokollführerin

Riedel
Referentin

Sänger
Vorsitzender